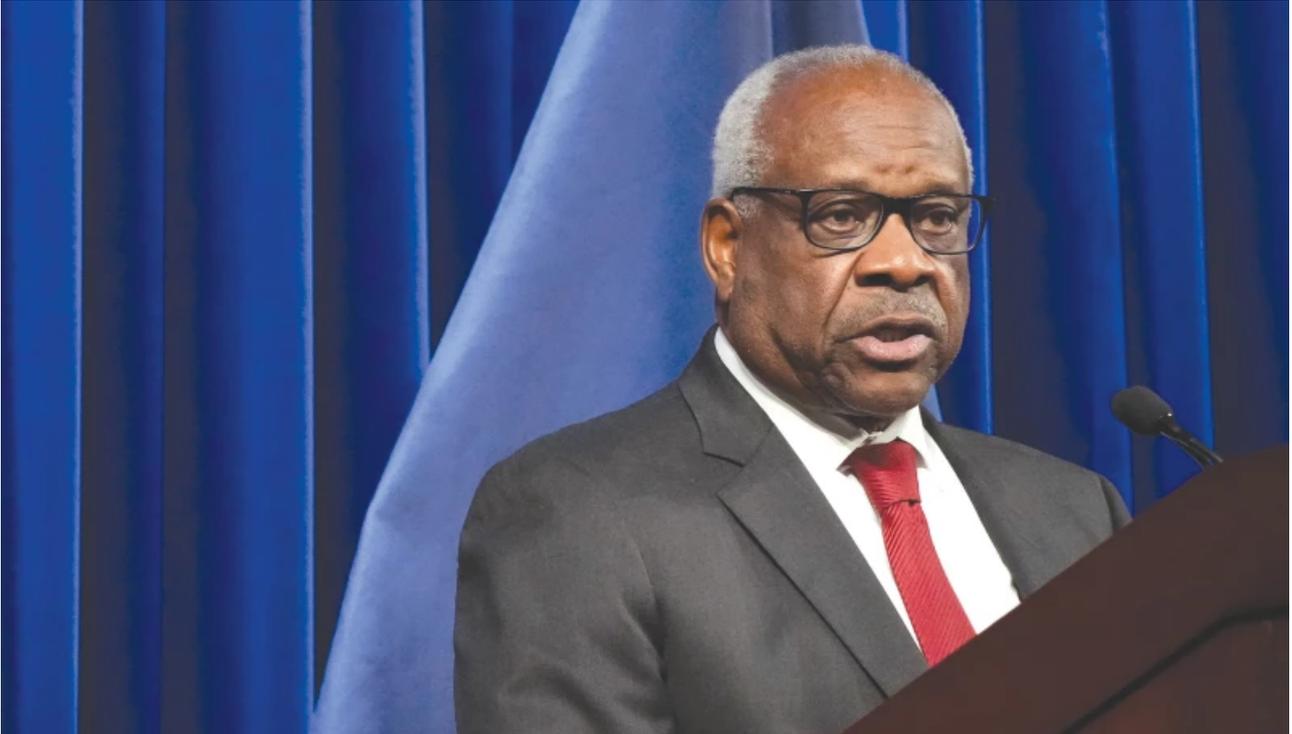


Clarence Thomas und sein langer Weg zum Sieg

Von [David Kopel](#) | Washington Examiner, 7. Juli 2022



Richter [Clarence Thomas](#) hat auf Zeit gespielt und auch gewonnen. Die von ihm für die 6:3-Mehrheit des [Obersten Gerichtshofs](#) geschriebene Urteilsbegründung in der Rechtssache [New York State Rifle & Pistol Association v. Bruen](#) bestätigt das Recht der Bürger auf das Tragen von Kurz Waffen zum rechtmäßigen Schutz. Diese Entscheidung wird sich unmittelbar auf drei Bundesstaaten auswirken, in denen dieses Recht gänzlich verweigert wurde: New Jersey, Maryland und Hawaii. Sie wird sich auch auf drei weitere Staaten auswirken, in denen das Recht, Waffen zu tragen, bereits in einigen lokalen Gerichtsbezirken respektiert, von anderen jedoch verweigert wurde: Massachusetts, New York und Kalifornien.

Vielleicht noch wichtiger ist, dass [Bruen](#) einen gerichtlichen Überprüfungsstandard bekannt gibt, der für alle Waffenkontrollgesetze in den Vereinigten Staaten gilt. Solche Gesetze, die mit der Geschichte und Tradition des amerikanischen Rechts, Waffen zu besitzen und zu tragen, übereinstimmen, sind verfassungsgemäß; solche, die mit der Geschichte und Tradition unvereinbar sind, nicht.

Eine Woche nach der Veröffentlichung des [Bruen](#)-Urteils hob das Gericht die Entscheidungen von [Bundesberufungsgerichten](#) auf, die Verbote für gängige Gewehre oder Magazine in Maryland, Kalifornien und New Jersey aufrechterhalten hatten. Es verwies die Fälle an

die unteren Gerichte zurück und forderte sie auf, ihre Urteile im Lichte der *Bruen*'schen Geschichts- und Traditionsregel neu zu überprüfen.

Der Weg zu dem großartigen Urteil von Richter Thomas in der Rechtssache *Bruen* begann vor 25 Jahren, in der Rechtssache [Printz v. United States](#) im Jahr 1997. Damals, im Jahr 1993, hatte der Kongress ein Gesetz erlassen, das die örtlichen Strafverfolgungsbehörden dazu verpflichtete, bei Käufern von Kurz Waffen Zuverlässigkeitsüberprüfungen durchzuführen. Sheriffs aus dem ganzen Land erhoben Klage und argumentierten, dass der Kongress nicht befugt sei, lokale Beamte zur Durchsetzung von Kongressgesetzen zu zwingen. Wenn der Kongress Zuverlässigkeitsüberprüfungen wolle, könne er Angestellte des Bundes mit der Durchführung der Überprüfungen beauftragen.

Der Oberste Gerichtshof stimmte dem mit 5:4 Stimmen zu, wobei sich Richter Thomas der Mehrheitsmeinung von Richter Antonin Scalia anschloss. Obwohl es bei *Printz* um Föderalismus ging und nicht um das Second Amendment, schrieb Richter Thomas ein zustimmendes Sondervotum, in dem er Zweifel daran äußerte, ob das Gesetz von 1993 mit dem Second Amendment vereinbar ist.

Seit 1939 hat der Oberste Gerichtshof keinen bedeutenden Fall mehr zum Second Amendment entschieden, als er ein Bundesgesetz über die Besteuerung und Registrierung von abgesägten Schrotflinten bestätigte. Richter Thomas hoffte, dass sich das Gericht erneut mit dem Second Amendment befassen würde. Er zitierte einen der größten Richter des 19. Jahrhunderts und schrieb: „Vielleicht wird dieses Gericht zu einem späteren Zeitpunkt die Gelegenheit haben, festzustellen, ob [Richter Story](#) Recht hatte, als er schrieb, dass das Recht, Waffen zu tragen, „zu Recht als der Schutzschild der Freiheiten einer Republik betrachtet wurde“.

Elf Jahre später tat das Gericht eben das. In seiner 5:4-Urteilsbegründung in der Rechtssache [District of Columbia v. Heller](#) zitierte Richter Scalia Richter Story und stellte fest, dass das Verbot von Kurz Waffen im District of Columbia gegen das Second Amendment verstößt.

Im Jahr 2010 entschied das Gericht in der Rechtssache [McDonald v. City of Chicago](#), dass der 14. Verfassungszusatz den zweiten Verfassungszusatz gegen Bundesstaaten und Kommunen durchsetzbar macht, genau wie die meisten anderen Bestimmungen der [Bill of Rights](#). In diesem Fall stützte sich die Mehrheitsmeinung unter Richter Samuel Alito auf Präzedenzfälle ab den 1890er Jahren, die Elemente der Bill of Rights über die Klausel „kein Staat darf einer Person das Leben, die Freiheit oder das Eigentum ohne ein ordentliches Gerichtsverfahren entziehen“ in den 14. Verfassungszusatz aufnehmen.

Richter Thomas, der schon immer ein Anhänger der [originalistischen](#) Verfassungsinterpretation war, stimmte dem Ergebnis zu, erklärte aber in seinem Sondervotum, dass die Klausel des 14. Verfassungszusatzes, die die Arbeit geleistet hat, lautet: „Kein Staat darf ein

Gesetz erlassen oder durchsetzen, das die Rechte oder Immunitäten der Bürger der Vereinigten Staaten einschränkt.“

Unbestritten war, dass Richter Thomas die ursprüngliche Bedeutung des 14. Verfassungszusatzes zutreffend erkannt hatte, als er 1868 ratifiziert wurde. Wie Richter Thomas ausführlich darlegte, war die Tatsache, dass Schwarzen das Recht, Waffen zu besitzen und zu tragen, vorenthalten wurde, ein wesentlicher Bestandteil der weißen Vorherrschaft. Er zitierte [Frederick Douglass](#): „Ungeachtet der Bestimmung in der Verfassung der Vereinigten Staaten, dass das Recht, Waffen zu besitzen und zu tragen, nicht eingeschränkt werden darf, hat der schwarze Mann nie das Recht gehabt, Waffen zu besitzen oder zu tragen.“ Solange eine Verfassungsänderung das Recht auf Waffen gegenüber den Bundesstaaten nicht durchsetzbar mache, sei „die Arbeit der [Abolitionisten](#) nicht beendet“.

Nach einem guten Start mit den Urteilen in *Heller* und *McDonald* verfiel der Oberste Gerichtshof in eine Phase der Untätigkeit. Einige Richter der unteren Instanzen, wie der damalige Richter [Brett Kavanaugh](#) vom [D.C. Circuit](#), stellten fest, dass die *Heller*-Entscheidung auf Wortlaut, Historie und Tradition aufgebaut war. Er argumentierte, dass die unteren Gerichte denselben Ansatz anwenden sollten.

Aber er war in der Minderheit. Die meisten unteren Bundesgerichte übernahmen den Test, den Richter [Stephen Breyer](#) in seinem Gegenvotum in *Heller* vorgeschlagen hatte und der von der *Heller*-Mehrheit ausdrücklich abgelehnt worden war. Bei diesem Ansatz nehmen die Richter eine Interessenabwägung vor; sie entscheiden selbst, ob ein Eingriff in die traditionellen Rechte des Second Amendments akzeptabel ist. Obwohl die Bezeichnung „Breyer-Test“ eigentlich zutreffend gewesen wäre, nannten ihn die unteren Gerichte stattdessen den „zweigliedrigen Test“.

Einige untergeordnete Gerichte versuchten, den Test gewissenhaft anzuwenden, aber viele andere richteten die Dinge so ein, dass die Regierung immer gewinnen würde. Bei einigen Gerichten musste die Regierung lediglich einige Beweise zugunsten eines Waffenkontrollgesetzes vorlegen. Die Tatsache, dass die Beweise der Regierung durch Beweise der Gegenseite widerlegt wurden, war irrelevant. Das [Zweite Bundesberufungsgericht](#) (New York, Vermont, Connecticut) und das [Neunte Bundesberufungsgericht](#) (alle Pazifikstaaten und alle Staaten ein Stück weiter östlich sowie Montana) waren besonders schlimm.

Rechtsprofessor Allen Rostron bezeichnete das Verhalten der unteren Gerichte treffend als „[Justice Breyers Triumph in der dritten Schlacht um das Second Amendment](#)“. Währenddessen blieb der Oberste Gerichtshof untätig. Jedes Jahr wurden Anträge auf [Certiorari](#) [≈ Antrag auf Berufung/Revision, Anm. d. Übers.] eingereicht, in denen dargelegt wurde, wie die unteren Gerichte gegen *Heller* und *McDonald* verstießen. Den Anträgen wurde jedoch nie stattgegeben, und die unteren Gerichte nahmen die Ablehnung der Certiorari-Anträge als Zeichen, immer aggressiver gegen den Zweiten Verfassungszusatz vorzugehen.

Richter Thomas, dem sich manchmal die Richter Alito, Neil Gorsuch oder Kavanaugh anschlossen, widersprach fünfmal den Certiorari-Ablehnungen. Die Mehrheit des Obersten Gerichtshofs hat nach der Entscheidung in *McDonald* allerdings nur zweimal eingegriffen: Nur wenige Stunden nach der Entscheidung in der Rechtssache *McDonald* hob das Gericht eine Entscheidung des Zweiten Bundesberufungsgerichts auf, in der ein Verbot von Nunchakus bestätigt wurde. Und 2016 hob der Gerichtshof einen Fall aus Massachusetts auf, in dem ein Verbot von Elektroschockern aufrechterhalten wurde.

Bis 2020 sah die Lage düster aus. Das Gericht hatte Certiorari in einem Fall gewährt, in dem es um die Anfechtung einer Vorschrift der Stadt New York ging, nach der Inhaber einer Waffenbesitzkarte in der Stadt ihre Kurz Waffen nicht aus der Stadt herausbringen durften. Weder zu einem nahe gelegenen Schießstand in New Jersey noch zu einem Zweitwohnsitz im Staat New York. Das Zweite Bundesberufungsgericht hatte das Verbot bestätigt und behauptet, es betreffe nicht den Zweiten Verfassungszusatz. Und selbst wenn das Second Amendment betroffen wäre, wäre der Verstoß trivial. Das Zweite Bundesberufungsgericht erklärte, dass die Besorgnis der Polizeibehörde wegen „Verkehrsröwdytums“ ausreiche, um das Gesetz aufrechtzuerhalten, obwohl die Behörde keinen einzigen Fall vorweisen konnte, in dem ein New Yorker Inhaber einer Waffenbesitzkarte beim Transport einer Kurzwaffe etwas falsch machte.

Als der Oberste Gerichtshof Certiorari bewilligte, haben die Stadt New York und die Regierung des Bundesstaates New York den Transport außerhalb der Stadt teilweise wieder zugelassen, was den Klägern einige, aber nicht alle der von ihnen geforderten Erleichterungen verschaffte. Fünf Demokratische Senatoren – Sheldon Whitehouse (Rhode Island), Mazie Hirono (Hawaii), Richard Blumenthal (Connecticut), Richard Durbin (Illinois) und Kirsten Gillibrand (New York) – schickten dem Gericht ein Drohschreiben in Form eines Amicus-Schriftsatzes. Sie warnten, dass sie das Gericht „umstrukturieren“ würden, wenn der Oberste Gerichtshof den Fall nicht als erledigt abweisen würde.

Aus welchen Gründen auch immer, sechs Richter fügten sich, während die Richter Alito, Gorsuch und Thomas dagegen stimmten. Am selben Tag wies der Oberste Gerichtshof alle anhängigen Certiorari-Gesuche zum Zweiten Verfassungszusatz ab. Laut CNN hatte der Vorsitzende Richter [John Roberts](#) jene Kollegen, die für die Bürgerrechte eintraten, gewarnt, dass er möglicherweise nicht mit ihnen stimmen würde, wenn sie einen der Waffenrechtsfälle aufgreifen würden.

In einem der abgewiesenen Fälle, *Rogers v. Grewal*, wurde das fast vollständige Verbot des Tragens von Kurzwaffen in New Jersey angefochten. Die Richter Thomas und Kavanaugh widersprachen der Ablehnung, und Richter Thomas schrieb eine lange Analyse, in der er erklärte, warum das Recht, „Waffen zu tragen“ [„bear arms“], auch das Recht einschließt, eine Waffe zur Verteidigung außerhalb des Hauses zu tragen.

So überzeugend die abweichende Meinung von Richter Thomas auch war, er schrieb für sich selbst, nicht für die Mehrheit des Gerichts. Vielleicht wollte das Gericht zu der jahrzehntelangen Praxis der richterlichen Vernachlässigung zurückkehren, die die Jahre zwischen 1939 und 2008 geprägt hatte.

Nachdem die Richterin [Amy Coney Barrett](#) die Nachfolge von Richterin [Ruth Bader Ginsburg](#) antrat, änderte sich alles. Am Siebten Bundesberufungsgericht hatte Richterin Barrett ein 37-seitiges abweichendes Sondervotum in der Rechtssache *Kanter v. Barr* verfasst, in der die beiden anderen Richter ein lebenslanges Verbot des Waffenbesitzes für einen Mann bestätigt hatten, der wegen Postbetrugs verurteilt worden war, weil er zu dünne Schuheinlagen verkauft hatte. Nach Ansicht von Richterin Barrett lassen die Geschichte und die Tradition des Second Amendment ein lebenslanges Waffenverbot wegen einer Verurteilung aufgrund eines nicht gewalttätigen Verbrechens nicht zu.

Nachdem die Stimme des Obersten Richters Roberts nun nicht mehr erforderlich war, schienen fünf Richter bereit zu sein, die Behandlung des Second Amendment als ein Recht zweiter Klasse zu beenden.

Bald darauf gewährte das Gericht Certiorari in der Sache *New York State Rifle & Pistol Association v. Bruen*. Nach dem New Yorker Gesetz muss ein Antragsteller für eine Waffenbesitzkarte „einen triftigen Grund“ haben. In einigen [Landkreisen](#) wurden die Genehmigungen in vernünftiger Weise erteilt, wobei rechtmäßige Selbstverteidigung als triftiger Grund angesehen wurde. In anderen Landkreisen wurden Antragsteller jedoch abgewiesen, es sei denn, sie konnten nachweisen, dass sie einem besonderen Risiko ausgesetzt waren, das sich deutlich von dem der Allgemeinheit unterschied.

In seiner Urteilsbegründung für sechs Richter, einschließlich des Obersten Richters Roberts, erklärte Richter Thomas, dass das Recht „des Volkes“, „Waffen zu tragen“, nicht auf einige wenige Auserwählte beschränkt werden könne, die beweisen können, dass sie etwas Besonderes sind. Dieses Recht gilt für alle gesetzestreuen Erwachsenen.

Die Begründung von Richter Thomas stützte sich auf den Verfassungstext. Es wäre absurd, den Begriff „Waffen tragen“ so zu lesen, dass er nur für das Tragen einer Waffe gilt, wenn dies von der Regierung angeordnet wird (wie beim Milizdienst) oder nur in der eigenen Wohnung. Die *Bruen*-Mehrheit lehnte den zweiteiligen Breyer-Test ab und wies der Regierung die Beweislast zu. „Die Regierung muss eindeutig beweisen, dass ihre Schusswaffenregelung Teil der historischen Tradition ist, welche die äußeren Grenzen des Rechts, Waffen zu besitzen und zu tragen, absteckt.“

Richter Thomas erklärte, dass einige Waffenkontrollen aufgrund historischer Traditionen gerechtfertigt sein können. Im 18. und 19. Jahrhundert hatten beispielsweise einige Staaten oder Kolonien das Tragen von Waffen in gesetzgebenden Versammlungen, Wahllokalen und Gerichtsgebäuden untersagt, und offenbar hatte niemand den Einwand erhoben, dass diese Beschränkungen gegen das Recht auf das Tragen von Waffen verstießen.

Heute „können die Gerichte also Analogien zu diesen historischen Regelungen für ‚sensible Orte‘ herstellen, um festzustellen, dass moderne Regelungen, die das Tragen von Schusswaffen an neuen und analogen sensiblen Orten verbieten, verfassungsrechtlich zulässig sind“. Aber, so schrieb er, Analogien zu „sensiblen Orten“ dürften nicht ausufern und das Tragen von Waffen in Städten verbieten.

Eine weitere zulässige Einschränkung, die sich auf die historische Tradition nach 1791 stützt, besteht darin, dass die Staaten die Art und Weise des Tragens regeln können. Im 19. Jahrhundert verbot eine Reihe von Staaten das verdeckte Tragen von Waffen. Diese Gesetze wurden nur deshalb aufrechterhalten, weil das offene Tragen weiterhin erlaubt war.

Das bedeutet nicht, dass die Staaten das offene Tragen erlauben und das verdeckte Tragen verbieten müssen. Das *Bruen*-Urteil scheint den Staaten die Wahl zu lassen, und heute bevorzugen die gesellschaftlichen Normen in vielen Gebieten das verdeckte Tragen gegenüber dem offenen Tragen.

Das Urteil in der Rechtssache *Bruen* bestätigte die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen, die eine Erlaubnis zum verdeckten Tragen einer Kurzwaffe vorsehen, vorausgesetzt, sie verlangen von den Antragstellern nicht, dass sie „ein atypisches Bedürfnis für bewaffnete Selbstverteidigung nachweisen“. Die Genehmigungen müssen auf „engen, objektiven und eindeutigen Standards“ beruhen und dürfen nicht zu „langen Wartezeiten“ oder „exorbitanten Gebühren“ führen.

Wie in der Urteilsbegründung von *Bruen* eingeräumt wurde, schränkten einige wenige Rechtsräume, wie z. B. Texas nach dem Bürgerkrieg und New Mexico in seiner territorialen Phase vor der Verabschiedung einer eigenen Verfassung, das Tragen von Kurz Waffen stark ein. Doch die Beispiele „einiger weniger Ausreißer aus dem späten 19. Jahrhundert“ reichten nicht aus, um zu beweisen, dass das Tragen von Waffen zur rechtmäßigen Verteidigung außerhalb der amerikanischen historischen Tradition lag. Beschränkungen aus dem 20. Jahrhundert, wie beispielsweise das Gesetz des Staates New York aus dem Jahr 1911, um das es in *Bruen* ging, kamen viel zu spät, um eine historische Tradition nachzuweisen, die den Text des Zweiten Verfassungszusatzes aufheben könnte.

Bruens Regeln für die Verwendung von Text, Geschichte und Tradition haben weitreichende Auswirkungen über das Tragen von Kurz Waffen hinaus. Gemäß *Bruen* reichen einige einzelne Gesetze nicht aus, um eine historische Tradition zu begründen, die eine bestimmte Art der Waffenkontrolle zulässt. Daher ist die Verfassungsmäßigkeit von Verboten für gängige Feuerwaffen oder Magazine ernsthaft in Zweifel zu ziehen – wie das Gericht durch die Aufhebung und Zurückverweisung von Rechtssachen angedeutet hat, die solche Verbote aufrechterhalten hatten.

Wie in den Jahren nach dem Urteil *Brown v. Board of Education* werden einige Bundesstaaten alles tun, um geltendes Recht zu umgehen. Während Massachusetts, New Jersey

und Maryland sich anscheinend an *Bruen* halten, hat die New Yorker Gouverneurin [Kathy Hochul](#) die Legislative des Bundesstaates überredet, ein beschwerliches Genehmigungsverfahren einzuführen, das von den Antragstellern u.a. verlangt, dass sie der Regierung erlauben, alle ihre sozialen Medien der letzten drei Jahre zu durchstöbern. Das Tragen einer genehmigten Kurzwaffe ist nun in fast jedem Gebäude im Bundesstaat New York eine Straftat, es sei denn, der Gebäudeeigentümer hat ein Schild angebracht, das das Tragen erlaubt, oder hat anderweitig eine ausdrückliche Genehmigung erteilt. Kalifornien scheint sich in dieselbe Richtung zu bewegen.

Abgesehen vom Verfassungsrecht sind solche belastenden Beschränkungen unnötig. Die seit Jahrzehnten vorliegenden Daten aus anderen Bundesstaaten zeigen, dass Waffenscheininhaber weitaus gesetzestreu sind als die Allgemeinheit. Die Rate des Waffenscheinsmissbrauchs durch Personen, die einen Waffenschein haben, ist verschwindend gering.

Auf die Frage eines Reporters, ob Hochul irgendwelche Daten habe, um ihre Behauptung zu untermauern, dass das genehmigte Tragen von Waffen Millionen von New Yorkern gefährde, konterte sie: „Ich brauche keine Zahlen“ und „Ich brauche keine Datensätze, um das zu sagen“.

Es bleibt noch viel zu tun, bevor alle gesetzestreuen Amerikaner ihr Recht auf das Tragen von Waffen ausüben können. Zumindest gibt es jetzt eine solide Mehrheit am Supreme Court, die bereit zu sein scheint, das Second Amendment ebenso energisch durchzusetzen wie den Rest der Bill of Rights.

David Kopel ist Forschungsdirektor am [Independence Institute](#) und außerordentlicher Professor für Verfassungsrecht am Sturm College of Law der Universität Denver.

Alle Links im Text stammen vom Übersetzer.

Den amerikanischen Originalartikel mit dem Titel „**Clarence Thomas's long victory**“ kann man hier abrufen: <https://www.washingtonexaminer.com/restoring-america/fairness-justice/clarence-thomass-long-victory>